



LANDKREIS WOLFENBÜTTEL

Geschäftszeichen II/60/600/Ma

Wolfenbüttel, den 12.06.2020

Protokoll

über die 18. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung

Sitzungstermin:	Montag, 08.06.2020
Sitzungsbeginn:	18:01 Uhr
Sitzungsende:	19:18 Uhr
Ort, Raum:	Rilano 24/7 Wolfenbüttel, Bahnhofstraße 9, 38300 Wolfenbüttel, Konferenzraum Herzog-Widukind

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Vorsitz

Löhr, Norbert

stellvertretende(r) Ausschussvorsitzende(r)

Bosse, Marcus

Ordentliche Mitglieder

Barnstorf-Brandes, Jürgen

Ganzauer, Oliver

Glier, Andreas

Hensel, Falk

Koch, Manfred

Nagel, Hilmar

Stoppok, Arnfred

von Veltheim, Alexander

Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)

Fach, Thomas

Beratende Mitglieder

Brandt, Volker

Grenz, Stephan

Neumann, Erica

Polzin, Bruno

Schwetje, Gerhard

ADFC

Kreislandwirt

Von der Verwaltung

Steinbrügge, Christiana	Landrätin
Schillmann, Claus-Jürgen	Dezernent II
Volkers, Sven	Amtsleiter Amt für Bauen und Planen
Wronski, Ulrike	Abteilungsleiterin Abteilung Natur- und Landschaftsschutz
Engelland, Vanessa	Abteilung Bauverwaltung und Immissionsschutz
Wilhelm, Andree	Referat 01 – Steuerung, Kreisentwicklung und Kommunikation
Maier, Susanne	Schriftführerin

Es fehlen

Dalchow, Olaf
Grabenhorst-Quidde, Sarah
Münch, Janna

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 17. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung vom 25.11.2019 (§§ 23, 5d GO)
5. Anfragen (§§ 23, 5e GO)
 - 5.1. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18 GO)
 - 5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)
6. Resolution zur erklärten Planungsabsicht des Landes zur Änderung des Landesraumordnungsprogramms (LROP)
Vorlage: XVIII-0556/2020
7. Biodiversität und insektenfreundliche Bepflanzung und Pflege auf landkreiseigenen Liegenschaften
Vorlage: XVIII-0559/2020
8. Asse 2 Begleitgruppe; hier: Nachbesetzung/Umbesetzung für die Kommunale Vertretung (KV)
Vorlage: XVIII-0551/2020
9. Rückholung des Atommülls aus der Schachtanlage Asse II; hier: Bericht der Verwaltung

10. Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)
 11. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18, 5i GO)
-

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Um 18:01 Uhr eröffnet Vorsitzender Löhr die 18. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung des XVIII. gewählten Kreistages und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)

Vorsitzender Löhr stellt fest, dass die Einladung den Ausschussmitgliedern ordnungsgemäß zugegangen und der Ausschuss beschlussfähig ist.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)

Vorsitzender Löhr fragt, ob Änderungen und/oder Ergänzungen zur Tagesordnung beantragt werden.

Da keine Änderungen oder Ergänzungen beantragt werden, schließt Vorsitzender Löhr den Tagesordnungspunkt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 17. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung vom 25.11.2019 (§§ 23, 5d GO)

Vorsitzender Löhr ruft den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung auf.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung einstimmig nachstehenden

Beschluss

Die Niederschrift der 17. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung wird genehmigt.

TOP 5 Anfragen (§§ 23, 5e GO)

TOP 5.1 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18 GO)

Vorsitzender Löhr eröffnet den Tagesordnungspunkt und bittet um Wortmeldungen. Da keine Fragen gestellt werden, schließt er den Tagesordnungspunkt.

TOP 5.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)

Vorsitzender Löhr ruft den Tagesordnungspunkt auf und bittet um Wortmeldungen.

Herr Brandt bittet um die Beantwortung seiner in der letzten Ausschusssitzung gestellten Frage bezüglich der Kosten für die Wegegestaltung im Naturschutzgebiet Herzogsberge.

Dezernent Schillmann beantwortet die Fragen mündlich und sagt zu, dass die Beantwortung dem Protokoll beigefügt werde.

Anmerkung der Verwaltung:

Die schriftliche Antwort ist als **Anlage 1** beigefügt.

KAbg. Nagel fragt, ob der Forstgenossenschaft Klein Vahlberg für den Bereich des LandschaftsschutzgebietesASSE von der Unteren Naturschutzbehörde eine Ausnahmegenehmigung für einen Kahlschlag erteilt worden sei und, wenn ja, mit welcher Begründung. Weiterhin möchte er wissen, ob eine Genehmigung für den in dem betreffenden Bereich gelagerten Bauschutt erteilt worden sei und, wenn nein, ob der Verursacher verpflichtet werden könne, diesen wieder zu beseitigen. Abschließend erkundigt er sich, ob Fördermittel für die Anpflanzungen beantragt worden seien.

Dezernent Schillmann erläutert, dass der betreffende Bereich als Waldmeister-/Buchenwald kartiert worden sei, dass sich dort aber tatsächlich viele Eschen befänden. Aufgrund einer Erkrankung der Eschen sei ein erheblicher Schaden entstanden. Die Forstgenossenschaft Klein Vahlberg habe eine Ausnahmegenehmigung für einen Kahlschlag auf einer Fläche von 1,5 ha beantragt und erhalten und daraufhin umfangreiche Maßnahmen durchgeführt. Diese seien erforderlich gewesen, um die FFH-Ziele schnellstmöglich wieder zu erreichen.

Weiterhin gibt er an, dass durch die Bodenbearbeitung ggf. Steine mit hochgezogen worden seien. Eine Ablagerung von Bauschutt sei nicht genehmigt und Bauschutt sei auch nicht im Rahmen der Maßnahmen mit eingebracht worden.

Er merkt an, dass er keine Kenntnis darüber habe, ob die Forstgenossenschaft Klein Vahlberg Fördermittel erhalten haben.

Abschließend sagt er zu, dass die Beantwortung der Fragen dem Protokoll beigefügt werde.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Antwort ist als **Anlage 2** beigefügt.

KAbg. Nagel erkundigt sich noch, wann mit der Fertigstellung des Radwegeplans gerechnet werden kann.

Dezernent Schillmann antwortet, dass die Fertigstellung für September 2020 geplant sei. Ein Entwurf werde im nächsten Ausschuss vorgestellt.

KAbg. Stoppok fragt nach dem Sachstand bezüglich der geplanten Arbeiten am Okerwehr Hedwigsburg/Ohrum.

Da die Hedwigsburger Okermühle GmbH hier federführend tätig sei und er den genauen Sachstand derzeit nicht kenne, sagt Dezernent Schillmann zu, dass die Beantwortung dieser Frage mit dem Protokoll erfolgen werde.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Antwort ist als **Anlage 3** beigefügt.

KAbg. Stoppok erkundigt sich weiterhin nach dem Grund, warum zwischen Erkerode und Lucklum 10 Silberpappeln gefällt worden seien und insbesondere, ob diese sich im privaten oder öffentlichen Bereich befunden hätten.

Frau Wronski führt aus, dass sie den aktuellen Sachstand nicht kenne. Aus diesem Grund sagt sie zu, dass die Beantwortung der Frage mit dem Protokoll erfolgen werde.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Antwort ist als **Anlage 4** beigefügt.

Abschließend bittet KAbg. Stoppok noch um Auskunft, ob Kenntnis darüber bestehe, ob aufgrund einer bestehenden Gasleitung keine Neuanpflanzung der auf der L615 zwischen Heiningen und Dorstadt umgekippten Bäume erfolgen würden.

Dezernent Schillmann gibt an, dass er den derzeitigen Sachstand nicht kenne. Er sagt zu, sich diesbezüglich zu erkundigen und im nächsten Ausschuss darüber zu berichten.

Vorsitzende Löhr fragt nach den möglichen Auswirkungen der geplanten Ausweitung des Kreideabbaugebietes durch die Vereinigte Kreidewerke Dammann GmbH & Co. KG bis an die Landkreisgrenze.

Dezernent Schillmann antwortet, dass er auch zu diesem Thema zunächst Erkundigungen einholen und im nächsten Ausschuss darüber berichten werde.

Da keine weiteren Anfragen bestehen schließt Vorsitzender Löhr den Tagesordnungspunkt.

**TOP 6 Resolution zur erklärten Planungsabsicht des Landes zur Änderung
des Landesraumordnungsprogramms (LROP)
Vorlage: XVIII-0556/2020**

Vorsitzender Löhr eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Dezernent Schillmann.

Dezernent Schillmann erläutert die Vorlage.

Nach einer kurzen Aussprache, bei der sich eine breite Zustimmung für die Resolution abzeichnet, fasst der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung nachstehende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung empfiehlt einstimmig dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Landkreis Wolfenbüttel fordert von der Niedersächsischen Landesregierung den Verzicht auf die Festlegung der Ölschieferlagerstätten bei Hondelage und Schandelah sowohl als Vorrang- als auch als Vorbehaltsgebiet Rohstoffsicherung (Ölschiefer).

Stattdessen wird gefordert, die bisherige Festsetzung von Vorranggebieten für Natur und Landschaft beizubehalten und die sonstigen Flächen als Vorbehaltsgebiete für die Landwirtschaft sowie für Natur und Landschaft zu sichern.

TOP 7 Biodiversität und insektenfreundliche Bepflanzung und Pflege auf landkreiseigenen Liegenschaften Vorlage: XVIII-0559/2020

Vorsitzender Löhr ruft den Tagesordnungspunkt auf und übergibt das Wort an Dezernent Schillmann.

Dezernent Schillmann stellt die Vorlage anhand einer Präsentation vor.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Präsentation ist als **Anlage 5** beigefügt.

Vorsitzender Löhr bedankt sich bei Dezernent Schillmann und eröffnet die Aussprache.

KAbg. Koch erkundigt sich nach den Kosten für das in Auftrag gegebene Gutachten und fragt, ob dies zwingend notwendig gewesen sei.

Dezernent Schillmann erwidert, dass die Kosten für das Gutachten 11.000,00 € betragen hätten. Das Gutachten enthalte eine wichtige Fachexpertise, die dem weiteren Verfahren dienen würde. Weiterhin führt er aus, dass das Gutachten auch Voraussetzung dafür sei, umfangreiche Fördergelder beantragen zu können.

KAbg. Stoppok merkt an, dass er die Angelegenheit grundsätzlich als positiv ansehen würde. Er regt allerdings an, anstelle mit wenigen großen Projekten mit kleineren Projekten anzufangen. Zudem schlägt er vor, im Bereich von Schulen die Schüler mit in den Prozess einzubeziehen. Die Bepflanzungen müssten aus seiner Sicht im Landkreis sichtbar werden, um ggf. einen Nachahmungseffekt für den privaten Bereich zu erhalten.

Dezernent Schillmann und Landrätin Steinbrügge bedanken sich für die Anregungen und sagten zu, diese in den Prozess mit einfließen zu lassen.

KAbg. Nagel gibt an, dass ein weiterer positiver Effekt sei, dass ggf. versiegelte Flächen renaturiert werden würden.

Auf Nachfrage vom Vorsitzenden Löhr bestätigt Dezernent Schillmann, dass zunächst der Förderantrag gestellt und genehmigt werden müsse, bevor mit den Maßnahmen begonnen werden könne (Bepflanzung 2021). Landrätin Steinbrügge ergänzt, dass anderenfalls die Förderung gefährdet sei.

Ohne weitere Aussprache erfolgt nachstehende

Kenntnisnahme:

Vom Gutachten zur Umsetzung des Beschlusses des Kreistages vom 20.05.2019 (Vorlage XVIII-0415/2019/1) und den Planungen erster Maßnahmen wird zustimmend Kenntnis genommen.

**TOP 8 Asse 2 Begleitgruppe; hier: Nachbesetzung/Umbesetzung für die Kommunale Vertretung (KV)
Vorlage: XVIII-0551/2020**

Vorsitzender Löhr eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an KAbg. Hensel.

KAbg. Hensel führt aus, dass es einige Änderungen bezüglich der Besetzung gegeben habe. Anstelle von Frau Janna Münch sei Herr Marcus Bosse zum ordentlichen Mitglied bestimmt worden. Die Vertretung übernehme Frau Ruth Naumann. Zum Vertreter von Herrn Björn Försterling sei Herr Thomas Fach bestimmt worden.

KAbg. Stoppok ergänzt, dass Herr Hilmar Nagel zu seinem Verhinderungsvertreter bestimmt worden sei.

Er regt weiterhin an, dass er es für vorteilhaft erachte, wenn auch Mandatsträger des Landtages oder des Bundestages zu Mitgliedern der Asse-2-Begleitgruppe bestimmt werden würden.

Landrätin Steinbrügge erwidert, dass dies nach den derzeitigen Regularien nicht möglich sei, dass aber darüber nachgedacht werden könnte, diese Regularien ggf. entsprechend anzupassen.

KAbg. Hensel bittet noch um Auskunft, ob eine Vertretung auch überkreuz erfolgen könne.

Landrätin Steinbrügge sagt zu, dieses über das Protokoll zu beantworten

Antwort der Verwaltung:

In der Asse-2-Begleitgruppe ist eine Vertretung der Mitglieder überkreuz möglich.

Nach einer kurzen weiteren Aussprache fasst der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung nachstehenden

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung empfiehlt unter Berücksichtigung der erfolgten personellen Veränderungen einstimmig dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreistag wird gebeten, für die Kommunale Vertretung (KV) der Asse-2-Begleitgruppe über die Neubesetzung der Verhinderungsvertretung für KAbg. Stoppok sowie über etwa darüber hinaus erforderliche Nach- bzw. Umbesetzungen zu beschließen.

TOP 9 Rückholung des Atommülls aus der Schachanlage Asse II; hier: Bericht der Verwaltung

Vorsitzender Löhr eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Dezernent Schillmann.

Dezernent Schillmann berichtet, dass die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) am 17.04.2020 bei der Asse-2-Begleitgruppe die Rückholplanung per Videostream vorgestellt habe.

Derzeit werde der Plan durch die Arbeitsgruppe Optionen-Rückholung (AGO) ausgewertet. Im Anschluss werde eine entsprechende Stellungnahme erstellt.

Es sei gelungen, ein Fachgespräch im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit des Deutschen Bundestages (BMU) zu organisieren, bei dem folgende seitens der Asse-2-Begleitgruppe als wichtig angesehene Punkte angesprochen worden seien:

- Konkretisierung der Rückholplanung
- regelmäßige Statusgespräche zwischen den unterschiedlichen Ebenen
- Vorantreiben des Prozesses
- Verbesserung der Projektsteuerung unter vermehrter Einbeziehung des BMU
- erhöhte Präsenz durch Landes- und Bundesvertretung

Er informiert weiter, dass der Minister des Landes Niedersachsen für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz, Olaf Lies, sich dafür einsetze, dass zukünftig mehr Personal in dem Bereich zu Verfügung stehe.

Er habe zwar den Eindruck, dass der Prozess jetzt vorangetrieben werde, es sei aber in Bezug auf die geplante Rückholung noch nicht viel geschehen. Insbesondere gebe es noch keine abschließende Notfallplanung.

Die BGE und das Niedersächsische Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz (NMU) als Hauptgenehmigungsbehörde sei dabei, ein Genehmigungsmanagement aufzustellen. Bis September 2020 sei die Fertigstellung des Konzepts geplant.

Es gebe weiterhin einen Dissens bezüglich der Zwischenlagersuche. Die Asse-2-Begleitgruppe fordere, dass zwei externe Standorte mitbetrachtet werden sollten. Allerdings habe die BGE in Bezug auf die Zwischenlagersuche externe Standorte ausgeschlossen.

Dezernent Schillmann schlägt zur Absicherung, dass in den zukünftigen Anlagen in der Asse lediglich der Abfall aus der Asse verarbeitet werde, vor, anzustreben, einen öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen dem Bund, dem Land Niedersachsen, dem Landkreis Wolfenbüttel, der Samtgemeinde Elm-Asse und der Gemeinde Remlingen abzuschließen.

Die sich daraufhin ergebende Aussprache ergibt eine diesbezügliche breite Zustimmung.

Dezernent Schillmann informiert weiter, dass die BGE am 18.06.2020 einen Videolivestream zum Thema Zwischenlager veranstalten werde.

Bezüglich des Themas Umgebungsüberwachung führt er aus, dass man sich mit dem zuständigen Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) einig sei, dass die Umgebungsüberwachung noch ausgeweitet werden sollte. Am 13.05.2020 habe ein diesbezügliches Sondierungsgespräch stattgefunden. Für den Herbst 2020 sei ein Fachworkshop mit einer anschließenden öffentlichen Veranstaltung geplant.

Abschließend merkt er noch an, dass er es als bedeutend erachte, dass die Umsetzung des Forums Asse jetzt vorangetrieben werde, da durch die erfolgte Rückholplanung der Prozess weiter in Gang gekommen sei.

Vorsitzender Löhr bedankt sich bei Dezernent Schillmann und schließt den Tagesordnungspunkt.

TOP 10 Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)

Vorsitzender Löhr ruft den Tagesordnungspunkt auf und übergibt das Wort an Dezernent Schillmann.

Dezernent Schillmann führt aus, dass die Gründung eines Arbeitskreises Biodiversität bestehend aus Vertretern aus dem Kreistag, den Umweltverbänden und der Landwirtschaft noch ausstehe. Der Grundbeschluss bestehe bereits, es werde jetzt an der Umsetzung gearbeitet.

Auf Landesebene werde die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Interessengruppen gerade vorangetrieben. Er übergibt diesbezüglich das Wort an Herrn Schwetje.

Herr Schwetje erläutert, dass vor drei Wochen durch den Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen, Stephan Weil, der Ministerin des Landes Niedersachsen für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Barbara Otte-Kinast, dem Minister des Landes Niedersachsen für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz, Olaf Lies, dem Naturschutzbund Deutschland (NABU), der Landwirtschaftskammer Niedersachsen (LWK) und dem Landvolk Niedersachsen – Landesbauernverband e.V. eine innerhalb von drei Monaten ausgehandelte Vereinbarung abgeschlossen worden sei.

In der Vereinbarung, dem sogenannten „Niedersächsischen Weg“, verpflichten sich alle Beteiligten zu großen Anstrengungen bei Natur- und Artenschutz, bei Biodiversität und beim Umgang mit der Ressource Landschaft.

Sinn dieser Vereinbarung sei es, anstehende Projekte unter Berücksichtigung von Umweltthemen im abgestimmten Miteinander voranzutreiben und zwar, bereits bevor Vorgaben von übergeordneten Instanzen zur Durchführung dieser Projekte erfolgen würden.

Die Vereinbarung sei die erste dieser Art und könne eine Art Signalwirkung für vergleichbare Vereinbarungen auf Regionalebene haben.

KAbg. Bosse gibt zu bedenken, dass sich noch einige Verbände nicht ausreichend beteiligt fühlen würden und dass es hier noch Verbesserungsbedarf gebe.

Herr Schwetje erwidert, dass sich der Prozess noch in der Entwicklung befinde und dass es die Hauptaufgabe der einzelnen Verbände sei, das eigene Umfeld mit zu integrieren.

Dezernent Schillmann ergänzt noch, dass der Prozess drei Elemente habe. Es müsse eine Verbindlichkeit, also die rechtlichen Rahmenbedingungen, vorliegen. Darüber hinaus sei Vertrauen wichtig, dass bei der Zusammenarbeit entstehen könne und der Wille, etwas gemeinsam umsetzen zu wollen.

Abschließend weist Dezernent Schillmann noch auf den am 25.06.2020 stattfindenden Klimaworkshop hin.

Da keine weiteren Themen mehr bestehen, schließt Vorsitzender Löhr den Tagesordnungspunkt.

TOP 11 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18, 5i GO)

Vorsitzender Löhr eröffnet den Tagesordnungspunkt und bittet um Wortmeldungen.

Da keine Fragen gestellt werden, schließt Vorsitzender Löhr um 19:18 Uhr mit Dank für die gute Zusammenarbeit die Sitzung.

Protokollführerin

Dezernent

Vorsitzender